



Keine Lust auf Russenhass

Besonders im Osten weckt der neue Kalte Krieg ungute Gefühle. Seite 2

Foto: dpa/Hendrik Schmidt

Seelenbinders Sportfreund

Alfred Wittig kannte den Ringer noch. Jetzt wurde er 105 Jahre alt. Seite 19

Biermann ist 80

Er war sich und anderen schon vieles: Kommunist und Renegat, Hetzer und Gehetzter. Er selbst nennt sich einen »treuen Verräter«. Seite 15



Foto: dpa/Daniel Bockwoldt

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 15. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 267 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Politikverdross

Uwe Kalbe über die Entscheidung der Koalition für Steinmeier

Gerade noch rechtzeitig, bevor die Bürger in die vollständige Politikverdrossenheit sinken konnten, einigte sich die Große Koalition nun auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Präsidentenamt: Frank-Walter Steinmeier. Eben hatte die LINKE noch vor der vollständigen Politikverdrossenheit der Bürger gewarnt ...

Doch harmonisiert der Gleichmut, mit dem die Koalition der Bevölkerung eine mehrmonatige Wartefrist zumutete, durchaus mit dem Erregungsgrad, den das Thema für diese haben dürfte. Auch wenn es noch nie so knapp wurde wie dieses Mal – drei Monate bis zur Wahl –, werden sich die Mitglieder der Bundesversammlung bis zum Februar beirapelt haben, und die Bürger sowieso. Ihnen sind taktische Erwägungen, wie sie die Kandidatenkür beinahe jedes Mal begleiten, letztendlich egal.

Da verhält es sich mit den Parteien anders. Und das allein ist auch diesmal der Grund aller Aufregung. Die Union zeigte sich pragmatisch großzügig, dem Kandidaten zuzustimmen, den sie selbst nicht vorschlug; die SPD feiert Gabriels Coup und wird es ihm vergelten, wenn es um die Kanzlerkandidatur geht. Der Wechsel an der Spitze des Außenministeriums war fällig – ein deutscher Außenminister, der den Präsidenten der USA irgendwann als Hassprediger bezeichnete, macht sich nicht gut. Ein Anwärter steht mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz dringend bereit, dessen Nachfolger schon vor der Tür steht. Die LINKE nur trifft es hart. Die real existierende SPD und ihr wenig linkskooperativer Chef sind Grund zum Verdross.

UNTEN LINKS

Bernd Lucke hat es nicht einfach. Nachdem der Wirtschaftsprofessor mit Brimborium die Alternative für Deutschland gegründet hatte, war er einigen seiner rechtsrechtskonservativen Freunde bald zu lasch und wurde rausgeekelt. Prompt gründete er eine neue Rechtspartei und nannte sie Alfa, eine Abkürzung für den bombastischen Namen »Allianz für Fortschritt und Aufbruch«. Das interessierte schon kein Schwein mehr – außer einem Verein namens »Aktion Lebensrecht für alle« (Alfa), der der Lucke-Truppe den Alfa-Namen untersagen ließ. Jetzt hat diese sich erneut umbenannt: Sie nennen sie sich nun Liberal-Konservative Reformier. Das muss man sich nicht merken, denn politisch ist das inzwischen längst ein Witz. Und LKR heißen leider schon die Luftkanalreinigung Berlin GmbH und die Lohner Kunststoffrecycling GmbH. Macht nix, Bernd Lucke, immer tapfer dran bleiben, das geliebte deutsche Alphabet bietet schier unerschöpfliche Möglichkeiten. wh

Gabriels erster Wahlsieg

SPD setzt sich durch: Union akzeptiert Steinmeier als künftigen Bundespräsidenten



Foto: dpa/Michael Kappeler

Berlin. Für SPD-Chef Sigmar Gabriel hat sich das Vorpreschen in der Präsidentenfrage gelohnt. Nach wochenlangen Diskussionen um die Nachfolge Gaucks lenkten CDU und CSU ein und akzeptierten den Vorschlag des Vizekanzlers. Am Montag einigte sich die Große Koalition auf Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) als künftigen Bundespräsidenten. Gabriel, der vor seinem ersten nennenswerten Wahlerfolg steht, sprach von einem wichtigen Signal in schwieriger Zeit.

In der CDU gab es auch Kritik am Ja Merkels für den SPD-Mann. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bewertete die Ent-

scheidung auch als »Niederlage« für die Union, wie die »Rheinische Post« unter Berufung auf Teilnehmer der Telefonkonferenz des CDU-Präsidiums berichtete. Der CSU-Vorstand sprach sich geschlossen für eine Unterstützung der Kandidatur Steinmeiers aus – nur ein Vorstandsmitglied habe sich enthalten, hieß es aus Teilnehmerkreisen. Nachdem Merkel und die Union keinen eigenen Bewerber für die Bundespräsidentenwahl aufstellen konnten, hatte es für die CSU oberste Priorität, die Unterstützung eines Grünen zu verhindern. Merkel hätte sich auch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Win-

fried Kretschmann (Grüne) vorstellen können. Die LINKE will nach internen Beratungen am kommenden Montag einen eigenen Kandidaten präsentieren. Steinmeier stehe als »Initiator« der Agenda 2010 für die Zerstörung des Sozialstaates und sei Befürworter von Interventionen, sagte Fraktionschefin Sahra Wagenknecht. Für die Grünen hingegen ist der Außenminister ein »respektabler Kandidat«, wie die Fraktionsvorsitzenden erklärten.

Sein Ministeramt wird Steinmeier nach Angaben von Gabriel vorerst behalten. Als Favorit für seine Nachfolge gilt EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. dpa/nd Seite 5

Banken finanzieren die Erderwärmung

Neue Studie zeigt, dass Kreditinstitute Pariser Klimaziele konterkarieren

Der Klimawandel bedroht zwar die Menschheit, doch mit dreckigen Kohlekraftwerken wird munter weiter Geld verdient.

Von Simon Poelchau

Während in Marrakesch Diplomaten darüber beraten, wie das UN-Ziel von maximal zwei Grad umgesetzt werden kann, wird 2016 vermutlich das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor fast 140 Jahren. Vorläufige Daten ließen auf einen durchschnittlichen Temperaturwert für 2016 schließen, der 1,2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Zeitalter liege, teilte die Weltwetterorganisation WMO am Montag auf der Weltklimakonferenz in Marrakesch und in Genf mit.

Dabei verdient die Finanzwelt weiterhin kräftig mit am Klimawandel, wie eine Studie zeigt, die die fünf Umweltorganisationen Banktrack, Les Amis de la Terre, Market Forces, Rainforest Action

Network und urgewald am Montag veröffentlichten. Sie bewerteten dafür 22 Großbanken aus den USA, Europa und Australien hinsichtlich deren Richtlinien zur Finanzierung der Kohleindustrie. Das Ergebnis: Entgegen teilweise wohlklingenden Klimaversprechen bleiben die globalen Bankenriesen wichtige Geldgeber des Klimawandels.

So machten nur wenige Wochen nach dem Klimagipfel von Paris Ende 2015 die französische Société Générale und andere europäische Banken den Weg frei für das Kraftwerk in Punta Catalina in der Dominikanischen Republik. Sie zahlten laut der Studie eine erste Tranche eines 632,5 Millionen US-Dollar-Kredits für das hoch umstrittene Projekt aus. Dabei erfüllt das Kraftwerk gar nicht die Standards der Bank: Diese schreiben seit 2011 vor, dass nur noch Meiler in Entwicklungsländern finanziert werden dürfen, die einen Energiewirkungsgrad von min-

destens 38 Prozent haben. Das geplante Punta Catalina schöpft jedoch nur 36,53 Prozent der in der Kohle enthaltenen Energie zur Stromgewinnung aus.

Laut Weltbank treiben Naturkatastrophen jährlich mindestens 26 Millionen Menschen in die Armut.

Insgesamt steckten die 92 weltweite größten Banken zwischen 2005 und 2013 mindestens 500 Milliarden US-Dollar in die klimaschädliche Technologie. Derzeit werden noch 2400 neue Kohlekraftwerke geplant. Zusammen mit den bereits bestehenden Kraftwerken würden diese Meiler, falls sie tatsächlich realisiert werden, bis 2030 viermal soviel CO₂ emit-

tieren, wie nach dem Zwei-Grad-Ziel zulässig ist.

Schon jetzt sind die finanziellen Schäden durch Naturkatastrophen nach neuen Berechnungen deutlich höher als bisher angenommen. Laut Weltbank treiben sie jährlich mindestens 26 Millionen Menschen in die Armut und verursachen durch entgangenen Konsum Verluste von mehr als 500 Milliarden Dollar. Laut dem Weltbank-Bericht wurden die realen Kosten bislang erheblich unterschätzt. In einer erst vor kurzem veröffentlichten Studie, die 117 Länder umfasste, schätzte die UNO den weltweiten Vermögensverlust auf 327 Milliarden Dollar.

Die Schadenssummen dürften in den kommenden Jahren weiter steigen, warnt der zur UN-Klimakonferenz in Marrakesch veröffentlichte Bericht. Der Klimawandel werde die zerstörerische Kraft der Natur verschärfen, so Weltbank-Präsident Jim Yong Kim. Mit Agenturen Seite 4 und 9

Mehr Beschäftigung und mehr Armut

Studie zu Teilhabe: Vor allem Kinder und Jugendliche werden abgehängt

Gütersloh. Die Zahl der Menschen in der Europäischen Union, die trotz Vollzeitarbeit von Armut bedroht sind, ist gestiegen. Zu dem Schluss kommt eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung. Demnach waren 7,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten 2015 in der EU von Armut bedroht. Im Jahr davor waren es 7,2 Prozent. Insbesondere Kinder und Jugendliche profitierten zu wenig vom bescheidenen Aufschwung, den die EU erstmals seit Beginn der Krise 2008 derzeit erlebe.

Gründe für die ungleiche Verteilung seien unter anderem ein wachsender Niedriglohnssektor und eine Spaltung der Arbeitsmärkte in reguläre und atypische Formen von Beschäftigung. Der Anstieg der Gruppe sogenannter »working poor« ist laut den Studienautoren besorgniserregend. »Ein steigender Anteil von Menschen, die dauerhaft nicht von ihrer Arbeit leben können, untergräbt die Legitimität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«, sagte Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung. jme Seite 4 und 6

General Radew wird Präsident

Regierung in Bulgarien tritt zurück

Sofia. Bulgarien hat den russlandfreundlichen General Rumen Radew zum Präsidenten gewählt. Ministerpräsident Boiko Borisow (GERB) zog die Konsequenz und reichte am Montag den Rücktritt seines Mitte-Rechts-Kabinetts ein. Das ärmste EU-Land steuert offensichtlich erneut auf Wahlen zu – voraussichtlich im kommenden Frühjahr. Als Kandidat der oppositionellen Sozialisten (frühere KP) gewann Radew bei der Stichwahl am Sonntag mit gut 59 Prozent der Stimmen gegen die bürgerliche Regierungskandidatin Zvezka Zatschewa. Die Parlamentspräsidentin kam nach offiziellen Ergebnissen vom Montag auf nur rund 36 Prozent. Zunächst war unklar, ob Zatschewa ihr Amt weiter ausüben wird.

Radew soll seinen Amt am 22. Januar 2017 antreten. Der frühere Befehlshaber der bulgarischen Luftstreitkräfte kündigte schon in der Wahlnacht einen russlandfreundlichen Kurs an: Er wolle mit seinen Kollegen in der Europäischen Union über die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Moskau beraten. dpa/nd Seite 4

EU sorgt sich um Vertrag mit Iran

Hintergrund sind Ankündigungen des neuen US-Präsidenten Trump

Brüssel. Die EU hat alle am Atomabkommen mit Iran beteiligten Regierungen aufgefordert, an der Vereinbarung festzuhalten. Die Einhaltung der Verpflichtungen »durch alle Seiten« sei »eine notwendige Voraussetzung, um weiter Vertrauen aufzubauen und eine fortgesetzte, stetige und schrittweise Verbesserung« der Beziehungen mit Teheran zu erreichen, erklärten die EU-Außenminister am Montag in Brüssel. Der designierte US-Präsident Donald Trump hatte das Abkommen im Wahlkampf als »katastrophal« bezeichnet und einen Ausstieg unter seiner Regierung angekündigt. Er warf der gegenwärtigen US-Regierung vor, Iran zu viele Zugeständnisse gemacht zu haben.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hält Forderungen Trumps nach mehr europäischem Engagement in der Sicherheitspolitik für verständlich. Es sei berechtigt, in diesem Bereich mehr von Europa zu verlangen, sagte die CDU-Politikerin am Montag bei Beratungen mit EU-Amtskollegen in Brüssel. Agenturen/nd Seite 4 und 7

ISSN 0323-3375

